

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1872

der Abgeordneten Andreas Galau (AfD-Fraktion), Daniel Münschke (AfD-Fraktion) und Marianne Spring-Räumschüssel (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/5093

### **Was bekommt Brandenburg von den EU-Wiederaufbau-Milliarden?**

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Finanzen und für Europa die Kleine Anfrage wie folgt:

Im Juli 2020 wurde auf einem EU-Gipfel die Einrichtung eines Aufbaufonds beschlossen. Mit den dotierten 724 Milliarden Euro sollen die Mitgliedsländer beim Wiederaufbau nach der Corona-Krise unterstützt werden. Deutschland soll davon einen Anteil von 25,6 Milliarden Euro bekommen.

Die EU-Kommission nennt es das größte Konjunkturpaket aller Zeiten. Unmittelbar nach dem Beschluss in Brüssel zog das Bundeskanzleramt zusammen mit dem Bundesministerium der Finanzen die Federführung bei der Verwendung dieser EU-Milliarden für Deutschland an sich. Auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes danach befragt, verweigern sie jedoch bis heute jede Auskunft darüber. Darüber hinaus hat die Bundesregierung sogar die EU-Kommission angewiesen, über den deutschen Ausgabenplan nichts verlauten zu lassen und keine diesbezüglichen Dokumente herauszugeben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Brandenburger Landesregierung vom Bundeskanzleramt und/oder vom Bundesministerium der Finanzen seit dem Juli 2020 eingeladen worden, sich an der Aufstellung eines Ausgabenplanes für die auf Deutschland entfallenen EU-Wiederaufbaumittel zu beteiligen?
  - a) Falls ja, welche Vorschläge oder Bedarfe hat die Landesregierung für Brandenburg eingereicht und sind diese berücksichtigt worden?
  - b) Falls nein, mit welcher Begründung sind die Vorschläge und die Bedarfe aus Brandenburg nicht angehört worden?

zu Frage 1: Die Landesregierung ist nicht eingeladen worden, sich an der Aufstellung des Deutschen Aufbau- und Resilienzplanes (DARP) zu beteiligen. Die Landesregierung hat aber u.a. im Rahmen der Bundesratsbefassung zum DARP gemeinsam mit den anderen Bundesländern ausführlich Stellung zum Entwurf des DARP genommen.

2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung von Brandenburg darüber vor, wie die Bundesregierung die auf Deutschland entfallenen 25,6 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufbaufonds der EU ausgeben will?

Zu Frage 2: Der DARP ist der Landesregierung bekannt und auf den Seiten des Bundesfinanzministeriums öffentlich zugänglich. Im DARP legt die Bundesregierung ausführlich dar, wie sie plant die Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität einzusetzen.